

Hakenkreuzfahne zum ersten Mal am Rathaus

»Historischer Klick« erinnert an den Bielefelder März 1933

Bielefeld (WB). Über das Ende des Parlamentarismus in Bielefeld im März 1933 schreibt Bernd J. Wagner (Stadtarchiv) im »Historischen Rückblick« im Internet unter www.bielefeld.de.

Am 6. März 1933 hissten SA-Leute und Stahlhelmer am Rathaus die schwarz-weiß-rote Fahne des Deutschen Reiches und die Hakenkreuzfahne - zum ersten Mal.

Im Sitzungssaal tagte die Stadtverordneten-Versammlung. Die »nationalen Verbände«, so war es anderntags in der Zeitung zu lesen, wollten mit dem Hissen der Fahnen das Ergebnis der Reichs- und Landtagswahl am 5. März feiern, die die NSDAP als stärkste Partei gewonnen hatte. Während im Reich die NSDAP 43,9 Prozent, die SPD 18,3 Prozent und die KPD 12,1 Prozent verbuchten, waren die Mehrheitsverhältnisse in Bielefeld nicht ganz so eindeutig. Die NSDAP vereinigte 37,3 Prozent der Stimmen auf sich, die SPD 34,4 Prozent und die KPD 10,3 Prozent.

Während vor dem Rathaus mit erhobenem rechten Arm die Flaggenhissung begrüßt wurde, protestierte die Stadträtin Clara Delius von der DVP dagegen. In der Sitzung des Magistrats (zwölf Mitglieder) gab sie eine Erklärung ab und verließ den Saal. Sieben Stadträte der SPD und des Zentrums folgten ihr.

Clara Delius machte kein Hehl daraus, dass sie hinter der Symbolik der alten Reichsfahne stand. Wäre nur diese gehisst worden, wäre sie geblieben.

Nach der Reichstagswahl sandte Hermann Göring einen Funk-spruch an die preußischen Ober- und Regierungspräsidenten, in dem er auf »das Hissen der Hakenkreuzfahne auf staatlichen und kommunalen Dienstgebäuden« hinwies. »Dieser verständlichen Volksabstimmung« sollte die



6. März 1933: Zum ersten Mal hissen SA-Leute und Stahlhelmer am Bielefelder Rathaus die Hakenkreuzfahne. Zahlreiche Menschen waren zum Schillerplatz gekommen, weil ein Gerücht die Runde machte, es sei etwas »im Gange«.
Foto: Stadtarchiv

Polizei »in den nächsten Tagen Rechnung tragen«. Am 7. März 1933 beflaggten SA, Stahlhelm und Deutschnationaler Kampf-ring das Polizeipräsidium, das Kreishaus, den Hauptbahnhof und das Haus der Technik. Auf dem Jahnplatz verbrannten sie eine schwarz-rot-goldene Fahne, das Symbol des demokratischen Deutschlands. Das Gleiche wiederholte sich am 9. März. Dieses Mal versuchten die bereits aktiven »nationalen Verbände« die Eisenhütte zu beflaggen, stießen aber auf Widerstand und ließen von ihrem Vorhaben ab. Abends brachten SA und SS schwarz-rot-goldene Fahnentücher und Dreipfeile-Fahnen mit, die aus Schulen und anderen Gebäuden geholt worden waren. Auf dem Schiller-

platz vor dem Rathaus wurden die Fahnen mit Benzin übergossen und angezündet.

Am 12. März 1933 wurde die Stadtverordneten-Versammlung neu gewählt. In Bielefeld endete diese Wahl mit einer kleinen Überraschung: die SPD hatte mit 37,1 Prozent die Wahl gewonnen, gefolgt von der NSDAP mit 36,6 Prozent. Beide Parteien gewannen 19 Mandate. Die vier Mandate, die die Kommunisten geholt hatten, wurden annulliert. Dieser »Empfehlung« aus Berlin wurde in Bielefeld sofort Folge geleistet.

Der neue Rat trat am 5. April zum ersten Mal zusammen - an diesem Tag hing die Hakenkreuzfahne nicht nur vor dem Rathaus, sondern auch direkt im Sitzungssaal.

Schwarzrotgold ging auf dem Hof in Flammen auf

Lehrer ließen Unterprimanerinnen »antreten«

Bielefeld (bp). Fritz Achelpöhler (71), ehemaliger Leiter des Gymnasium Am Waldhof (1988-2001), hat für das Mitteilungsblatt der Ehemaligen und des Fördervereins, »Eulenspiegel«, einen Artikel eben auch über den 9. März 1933 geschrieben. (siehe Artikel auf dieser Seite)

An diesem Tag hisste die SA die Hakenkreuzfahne auf der Auguste-Viktoria-Schule – so hieß das Gymnasium am Waldhof damals – und verbrannte auf dem Schulhof die schwarz-rot-goldene Flagge. Die SA habe sich aus den Papierkörben auf dem Schulhof das

nötige Material geholt und vor den Augen mehrerer Klassen die Fahne verbrannt.

Unterprimanerinnen wurden von ihrem Mathematiklehrer mitten aus der Klassenarbeit heraus auf den Schulhof beordert. Die Schülerinnen sahen, wie sehr der Lehrer sich freute. Bei Lisl Katz, der einzigen noch der Klasse angehörenden jüdischen Schülerin, löste die Hakenkreuzfahne Entsetzen und Weinen aus. Sie ließ sich erst beruhigen, als Mitschülerinnen ihr versicherten, es gehe um die Deutschnationalen, nicht um die Nazis.

Achelpöhler schreibt, dass das Verbrennen der Fahne die Anhänger begeistern, Mitläufer mitziehen und Gegner einschüchtern sollte.

Die Nationalsozialisten hätten auf diese Weise auch das Mädchengymnasium angegriffen, das zum Abitur und Studium führte. Achelpöhler: »Vom Frauenstudium hielten die Nazis nichts.«

Sie hätten damals schon angekündigt, den Anteil der Studentinnen auf zehn Prozent zu senken. Von den 24 Unterprimanerinnen, die zu Augenzeuginnen am 9. März 1933 geworden waren, erhielten 1934 nur vier Abiturientinnen nach Abstimmung zwischen dem Gauleiter der NSDAP und dem Provinzialschulkollegium in Münster sofort, drei andere erst 1935 die Zulassung zum Studium. Die Einschränkungen hätten nur für den Jahrgang 1934 gegolten, für die nachfolgenden Jahrgänge nicht mehr.

Auf Empfehlung ihres Geschichtslehrers bewarb sich eine der Abiturientinnen, die zur Leistungsspitze der Klasse gehörte, 1935 noch einmal eindringlich, aber vergeblich um die Studienzulassung. Direktor Schulz hatte ihr ein »gut geeignet« bescheinigt, schrieb ihr großen Fleiß und starke Willenskraft zu. Der NS-Gauleiter erhob »politische Bedenken«, weil eine »enge Freundschaft mit der Jüdin Katz« die »Zuverlässigkeit« zweifelhaft erscheinen ließ.



Die Auguste-Viktoria-Schule lag 1933 da, wo heute das Neue Rathaus steht – zwischen der Viktoria- und Körnerstraße. Foto: Stadtarchiv

28.3.13
NW

„Bielefeld ist und bleibt rot“

Die SPD erinnert an das Ende der kommunalen Selbstverwaltung im Jahr 1933



Sozialdemokraten: Verfolgt, verhaftet, abgetaucht oder arbeitslos ab 1933 – (von links) Hans Carlmeyer, Robert Walkenhorst, Else Zimmermann, Paul Eilers, Fritz Vogt und der ehemalige Reichstagsabgeordnete Carl Schreck.

ALLE FOTOS: STADTARCHIV BIELEFELD

VON THOMAS GÜNTTER

■ Bielefeld. Die Nationalsozialisten setzten sich nach der Machtergreifung vom 30. Januar 1933 radikal durch. Noch Anfang April, vor 80 Jahren, konnte die SPD fünf von insgesamt zwölf ehrenamtlichen Magistratsmitgliedern durchsetzen, im Dezember des selben Jahres lösten die Nazis die Stadtverordnetenversammlung (heute: Stadtrat) auf. „Das war das Ende der kommunalen Selbstverwaltung“, sagt SPD-Fraktionsgeschäftsführer Hans Hamann. 1933 bedeutet das Ende der Demokratie.

Noch am 27. Februar 1933 hatte die „Volkswacht“ trotzig getitelt: „Bielefeld ist rot und bleibt rot.“ Hitlers Reichsregierung hatte Neuwahlen angeordnet. Doch die Wahlen vom 12. März erbrachten erstaunlich stabile Stimmenzahlen für die SPD (37,1 Prozent, 19 Sitze). Auch ein unrealistisches Zusammengehen mit den Kommunisten (7,7%, 4 Sitze) hätte keine Mehrheit gegen die NSDAP (36,6 %, 19 Sitze), ihre deutschnationalen Bündnispartner (7,7 %, 4 Sitze) sowie die bürgerlichen Mittelparteien (9,8 %, 4 Sitze) gebracht.

Die Vertreter der KPD wurden verhaftet. Das gleiche Schicksal erlitt auch der SPD-Betriebsvorsitzende und Reichstagsabgeordnete, Carl Schreck, der bereits im März abgeholt wurde. Die Lehrer Fritz Doht, Rektor der Bückardtschule, und Artur Ladebeck, Lehrer an der weltlichen Sammelschule, wurden im April beurlaubt und im September entlassen, die spätere SPD-Landrätin Else Zimmermann ebenfalls verfolgt. Ladebeck war nach dem Krieg zweimal Bielefelds Oberbürgermeister.

Die Nazis machten aus der Eröffnung der Stadtverordnetenversammlung am 12. März eine öffentliche Schau. Geschlossen und in Uniform, von SA-Männern samt Musikkapelle eskortiert, marschierte die Fraktion der NSDAP von ihrem Braunen Haus in der Wilhelmstraße zum Rathaus. Emil Irrgang, Vorsteher der Versammlung und bis

dahin tonangebender Politiker unter den Anhängern Hitlers, empfing sie auf der Rathaustrampe: „Als treue und gehorsame politische Soldaten unseres Führers Adolf Hitler, getragen vom Vertrauen des Volkes, nicht gewählt von Kliquen und Klüngeln, ziehen wir hier ein.“ Auch der neue Regierungspräsident, Freiherr von Oeynhaus-

trat auf und begrüßte vor dem Portal die braunen Stadtverordneten.

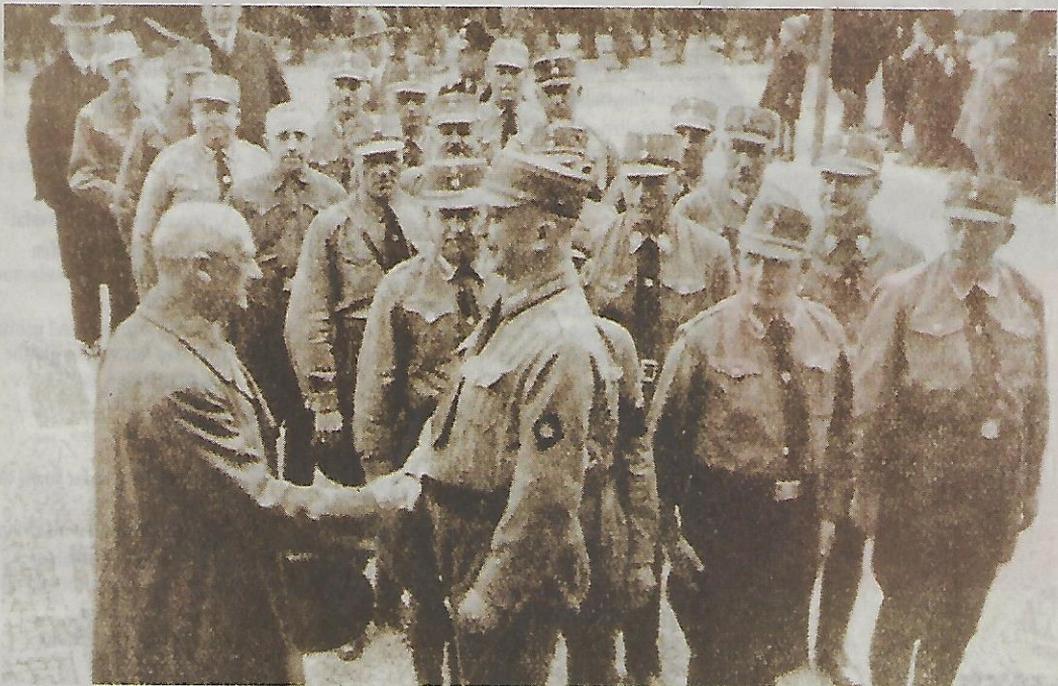
Auf den Fahnen, die vom Giebel des Rathauses wehten, prangte riesig das Hakenkreuz. Ansonsten dominierte Schwarz-Weiß-Rot. Marschmusik aus den Lautsprechern erklang zur musikalischen Begleitung. Hilfspolizei war aufmarschiert, verstärkt durch SA und SS. Das Schauspiel, so der Bielefelder Historiker Reinhard Vogelsang, hatte den Zweck, zugleich die eigenen Anhänger zu begeistern, mögliche Mitläufer zu überzeugen und die Gegner massiv einzuschüchtern.

Zum Vorsteher der Stadtverordneten schlug Irrgang Friedrich Budde vor, der von 1935 bis 1945 Oberbürgermeister von Bielefeld wurde. Die Buddestraße ist nicht nach dem Nazi-Bürgermeister benannt.

Der Anfang vom Ende: Irrgang

■ Der Name war Programm. Bei der Wahl zum Stadtverordneten-Vorsteher am 30. Dezember 1930, gut zwei Jahre vor der Machtübernahme der Nazis am 30. Januar 1933, wurde der Nationalsozialist Emil Irrgang im zweiten Wahlgang gewählt. Der Bielefelder Historiker

Reinhard Vogelsang, lange Jahre Leiter des Stadtarchivs: „Das rote Bielefeld hatte als erste Gemeinde in Preußen einen Nationalsozialisten als Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung.“ Heute entspricht die Position dem Vorsitzenden im Stadt- oder Gemeinderat. (Gün)



Braunhemden vor dem Rathaus: Emil Irrgang (rechts), Stadtverordneten-Vorsteher der NSDAP, begrüßt den Regierungspräsidenten, Freiherr von Oeynhaus, in Bielefeld.

FOTO: STADTARCHIV BIELEFELD